

## INTERVIEW

### Der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr warnt: «Anti-Israel-Demonstrationen werden zunehmend von Extremisten gekapert»

Der Regierungspräsident findet es fahrlässig, dass die Stadt Zürich hasserfüllte Palästina-Kundgebungen bewilligt. Seinen Unmut hat er den städtischen Behörden mitgeteilt – «mit Nachdruck».

Daniel Fritzsche

08.11.2023, 14.41 Uhr ⌚ 3 min



Regierungspräsident Mario Fehr (parteilos), hier an einer Solidaritätskundgebung auf dem Münsterhof, übt Kritik am Stadtzürcher Sicherheitsdepartement.

Ennio Leanza / Keystone

### Herr Fehr, antisemitische Vorfälle nehmen in der Schweiz und in Zürich zu. Besorgt Sie das als Sicherheitsdirektor?

**Mario Fehr:** Ja, ich bin sehr besorgt. Der grassierende Antisemitismus ist unerträglich. Jüdische Freunde berichten mir von üblen Beschimpfungen und Anfeindungen. An Hauswänden lese ich Sprüche wie «Tod den Juden». Das dürfen wir in einem toleranten, friedlichen Land nicht zulassen. Unsere jüdischen Mitbürger verdienen Schutz und Sicherheit – so wie alle Bewohner der Schweiz. Diesen Donnerstag gedenken wir der Opfer der Reichspogromnacht vor 85 Jahren. So weit darf es nie mehr kommen.

### Woher rührt der Hass?

Der Antisemitismus ist tief verwurzelt in Teilen der Gesellschaft. Nun tritt er an die Oberfläche.

## **Ist das Problem ein gesamtgesellschaftliches, oder gibt es Gruppen, die besonders anfällig sind für Antisemitismus?**

Wir sehen an Palästina-Demonstrationen, dass der Antisemitismus in bestimmten Kulturkreisen stärker verbreitet ist. Namentlich in Teilen des arabischen Raumes lernen Kinder von klein auf, Juden und Israel zu hassen. Wir müssen aufpassen, dass wir diesem Hass bei uns keinen Raum geben.

## **Das heisst?**

Deutschland sollte uns eine Lehre sein. In Essen haben Demonstranten vor ein paar Tagen die Errichtung eines Kalifats gefordert. Frauen und Männer marschierten getrennt. Solche Leute sind eine Gefahr für die innere Sicherheit eines Landes. Die Integration hat in Deutschland offensichtlich versagt. In deutschen Städten werden solche hasserfüllten Demonstrationen nun zu Recht nicht mehr bewilligt.

## **Was hat das mit der Schweiz zu tun?**

Ich will keine deutschen Verhältnisse auf Schweizer Plätzen. Auch bei uns finden Anti-Israel-Demonstrationen statt, die zunehmend von Extremisten gekapert werden. Sie haben die Auslöschung Israels und aller Juden zum Ziel. Die Gefahr, dass Islamisten aus Deutschland oder anderen Ländern nun in die Schweiz ausweichen und ihren Hass verbreiten, ist real. In Bern hat letzten Samstag eine grosse Palästina-Demo stattgefunden, die nächste ist für dieses Wochenende in der Stadt Zürich geplant und bewilligt worden. Ich halte das für fahrlässig.

## **Warum schreiten Sie als kantonaler Sicherheitsdirektor nicht ein?**

Ich habe die zuständige städtische Sicherheitsvorsteherin mit Nachdruck darauf hingewiesen, in der derzeitigen, gefährlichen Lage keine weiteren Palästina-Demos zu bewilligen. Solche Demonstrationen können rasch ausarten und sind schwer kontrollierbar. Die Gemeinden, die im Kanton Zürich für Demo-Bewilligungen zuständig sind, sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

## **Die Stadt Bern hat am Mittwoch angekündigt, grosse Demos im Zentrum bis Weihnachten zu unterbinden. Die Meinungsäusserungs- und die Versammlungsfreiheit sind aber wichtige Grundrechte. Sie sollten nur in absoluten Ausnahmefällen eingeschränkt werden.**

Natürlich. Aber wenn hasserfüllte Parolen skandiert und Demos von Extremisten unterwandert werden, hat das nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Gegen Mahnwachen und stille Anteilnahme im öffentlichen Raum ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Es gibt viele Menschen, die zurzeit in echter Sorge und Trauer sind – sei es für die Opfer der Hamas-Terrorattacken, für die von der Hamas in Gaza festgehaltenen Geiseln oder die Zivilbevölkerung in Israel und Gaza.

**Wird die Kantonspolizei die Stadtzürcher Behörden weiter unterstützen –  
obschon die Stadt solche Demonstrationen zulässt?**

Wir werden wie bis anhin jüdische Einrichtungen beschützen. Mit allen  
Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Quelle: NZZ, 8.11.2023